

# KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 6/2011

**Kollektivvertrag  
Metall und Bergbau**  
Seite 12

**Österreich darf  
nicht sitzen bleiben**  
Seite 14

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



# Gefahr von rechts!

**Demokratie bedroht** ab Seite 4

# Inhalt

## Thema

- 04 Gefahr von rechts
- 10 Kommentar

## Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Kollektivvertrag Metall und Bergbau
- 14 Österreich darf nicht sitzen bleiben
- 16 Kinderuni on Tour
- 17 Alternsgerechtes Arbeiten
- 18 Bücher

## Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 Handel: Gerne mit Zusatzqualifikation
- 22 Maßgeschneiderte Hilfe
- 24 Gipfel der Gesundheit

## Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Leserbriefe

4



© Nurith Wagner-Strauss

Gefahr von rechts

12



© Perouka Cuenthe/picturedesk.com

Kollektivvertrag Metall

14



© Lucky Dragon/Fotolia.com

Nicht sitzen bleiben!

### IMPRESSUM

Leserbriefe an [kompetenz@gpa-djp.at](mailto:kompetenz@gpa-djp.at)

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, [martin.panholzer@gpa-djp.at](mailto:martin.panholzer@gpa-djp.at), Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, [barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at)

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, [renate.zaunscherb@gpa-djp.at](mailto:renate.zaunscherb@gpa-djp.at)

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Nurith Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



## Hinschauen lohnt

**R**echte Terroristen gelten in den Medien und der Öffentlichkeit meist als verwirrte Einzelgänger. Rechter Terror sei das Werk von Psychopathen. Doch, so wie auch jüngst in Norwegen, stellt sich immer heraus, dass diese Verbrecher sehr wohl Kontakte in die entsprechende politische Szene hatten und die einschlägige Literatur gut kannten. Und dass die angeblich wirren Motive für die Gräueltaten von einer ganz bestimmten geistigen Umwelt geprägt wurden.

Laut dem Sicherheitsbericht des Innenministeriums wurden im Jahr 2010 in Österreich insgesamt 580 rechtsextremistische, fremdenfeindliche bzw. rassistische, islamophobe oder antisemitische Tathandlungen angezeigt – um 28 Prozent mehr als 2009! Von diesen Delikten konnten nur knapp die Hälfte aufgeklärt werden. Hier sind nur echte Tatbestände erfasst, von Sachbeschädigungen bis hin zu Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft.

Als Gewerkschaft beobachten wir diese Entwicklungen mit Besorgnis. Aus unserer Geschichte wissen wir, dass rechte und faschistische Regime auch immer Gewerkschaften in ihren Rechten einschränken bzw. verbieten. In unserem Nachbarland Ungarn treten solche Tendenzen bereits klar zutage, wenn z. B. von den Gewerkschaften orga-

nisierte Kundgebungen unter scheinheiligen Vorwänden nicht stattfinden dürfen.

Die rechtsnationale Regierung in Ungarn setzt immer mehr demokratiegefährdende Maßnahmen und hat auch die Pressefreiheit eingeschränkt. Die GPA-djp hat die Petition „SOS Ungarn“ ins Leben gerufen, die auch Sie unterschreiben können! Für den 24. Oktober haben wir ungarische GewerkschafterInnen und PolitikerInnen zur Diskussion über die rechte Wende in Ungarn eingeladen.

Die Gefahr von rechts ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Um sie zu bekämpfen, im Kleinen wie im Großen, müssen wir sie sichtbar machen. Dazu möchten wir in dieser Ausgabe einen Beitrag leisten.

Dwora Stein  
Chefredakteurin



# Gefahr von rechts



# nicht übersehen!



Europaweit verfolgen rechte Parteien Ziele, die jenen der Nationalsozialisten gleichen. Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft nimmt zu. Das Massaker von Norwegen war ein beschämender Höhepunkt in einem geistigen Umfeld, das wir nicht sehen wollen.

*Von Hans-Henning Scharsach*



Der Terrorakt von Oslo hat Europas Rechtspopulisten aus dem Tritt gebracht. Zwei Monate nach dem Massaker auf der Insel Utoya verlor Norwegens islamkritische Fortschrittspartei, in deren Jugendorganisation Anders Breivik eine Zeitlang tätig war, bei den Kommunal- und Regionalwahlen mehr als ein Drittel ihrer Wähler und kam mit 11,4 Prozent kaum auf die Hälfte dessen, was Demoskopen vor Beginn des Wahlkampfes vorhergesagt hatten. Der militant ausländerfeindlichen Dänischen Volkspartei ging es kaum besser. Sie verspielte nicht nur die Chance, sich neben Konservativen und Sozialdemokraten als dritte Großpartei zu etablieren, sondern verlor auch ihre Funktion als Mehrheitsbeschaffer für das Mitte-rechts-Lager.

Dabei hätten die beiden Wahlgänge Auftakt einer gemeinsamen Großoffensive werden sollen, mit der sich die Rechtspopulisten europaweit als regierungsfähige politische Kräfte etablieren wollten. Die Weichen dafür schienen gestellt. Nachdem die 2007 gegründete Rechts-Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) nach wenigen Monaten wieder zerfallen war, haben sich im Europaparlament nun sogar zwei Fraktionen aus Parteien des rechten Randes formiert.

*Nach 9/11 bot sich das Feindbild Islam zum Gewinn von Wählerstimmen an.*



© Christian MUELLER / picturedesk.com

## Gemeinsames und Trennendes

Mehrere Anläufe waren zuvor an Artikel 29 der Geschäftsordnung des Europaparlaments gescheitert, der die „politische Zusammengehörigkeit“ der beteiligten Parteien vorschreibt. Europas Rechte aber haben in ihren Parteiprogrammen sehr unterschiedliche Ziele formuliert. Was sie verbindet, ist weitgehend der Tradition des Nationalsozialismus entnommen:

- Stimmenmaximierung mit einer Politik der Feindbilder und Sündenböcke, denen die Schuld an allen Missständen zugeschrieben wird;

### Die Parteiprogramme von Europas Rechten sind der Tradition des Nationalsozialismus entnommen.

- Angriffe gegen das „System“ der etablierten Parteien, unabhängigen Gewerkschaften, freien Medien und unabhängigen Gerichten, die Ziel von Skandalisierung, Denunziation und Verleumdung werden und
- ein als „Patriotismus“ getarnter Nationalismus, der militant gegen den „Außenfeind“ – die EU – in Stellung gebracht wird.

## Österreichs „Inländerfeinde“

Trotz solcher Gemeinsamkeiten aber sind Programme und Feindbilder von Land zu Land sehr verschieden: In Österreich hat die FPÖ ihren Wahlkampf 1999 mit Parolen geführt, die sich frontal gegen Ausländer richteten.

Nach den Anschlägen des 11.9.2001 bot sich das Feindbild Islam zur Stimmenmaximierung an. Bis zu diesem Datum fühlte sich Israel durch Haiders privilegierte Kontakte mit islamischen Despoten

wie Saddam Hussein oder Gaddafi herausgefordert. Heute sucht Stra- che in Israel nach Verbündeten im Kampf gegen den Islam.

## „Großungarn“

Den Wahlkämpfern der ungarischen Jobbik blieben solche Wendemanöver erspart. Weil es kaum Gastarbeiter gibt, müssen sie mit dem traditionellen Feindbild Juden und Roma Vorlieb nehmen. Daneben träumen die militanten Nationalisten von der Wiederherstellung Großungarns, das große Teile des Burgenlandes einschließen würde – was eine Zusammenarbeit mit der FPÖ zum Problem machen könnte.

Auch der Slowakischen Nationalpartei (SNS) fehlen die Ausländer. Ihre Agitation muss sich, wenn sie Stimmen bringen soll, gegen

Roma und die ungarische Minderheit richten. Die Internetseite der Partei zeigte 2008 eine Europakarte, auf der Ungarn zwischen Österreich (westlich der Donau) und der Slowakei (östlich der Donau) aufgeteilt war – was die Nationalisten der Jobbik mit wüsten Drohungen beantworteten.

Italiens neofaschistischen Parteien tun sich traditionell schwer mit der FPÖ. Sie stehen in der Tradition Mussolinis und wollen mit keiner Partei zusammenarbeiten, die das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol fordert. Die Lega Nord aber stößt sich an den „neonazistischen Traditionen“ der FPÖ. Sie kämpft nicht nur gegen den Zuzug von Muslimen, sondern vor allem gegen den aus Südtalien und den Abfluss von Steuergeld aus dem „fleißigen Norden“ in den „faulen Süden“. Die britische United Kingdom Independence Party (UKIP), deren Funktionäre zum Teil aus dem Umfeld neonazistischer Gruppierungen kom-



© Christian MUELLER / picturedesk.com

Stimmenmaximierung mit einer Politik der Feindbilder, denen die Schuld an allen Missständen zugeschrieben wird.

men, hat, weil das mehr Stimmen verspricht, „Ausländer raus aus Großbritannien“ durch „Großbritannien raus aus der EU“ ersetzt.

### Braune Schmutzlecke

Ein weiteres Problem bildet das gemeinsame Ziel der Rechten, sich aus der extremistischen, braunen Schmutzlecke zu befreien und als „EU-kritische Patrioten“ Regierungsfähigkeit zur Schau zu stellen. Was als „rechtsextrem“ verpönt bzw. als „patriotisch“ erwünscht ist, wird dabei recht unterschiedlich interpretiert.

Trotz ihrer Wahlerfolge wird die FPÖ von einigen ihrer logischen Verbündeten als Partner abgelehnt, weil sich freiheitliche Politiker zu wenig entschieden vom Nationalsozialismus distanzieren. Das gleiche gilt für den belgischen Vlaams Belang, der die Traditionen der pronazistischen flämischen Vorkriegsbewegung verteidigt, und für die ungarische Jobbik, die Rhetorik, Symbolik und Selbstdarstellung jener nationalsozialistischen „Pfeilkreuzler“ übernommen hat, die in Ungarn

während der Besetzung durch Nazi-Deutschland herrschten. Ein früherer Parteichef der „Schwedendemokraten“ hatte sich davor in der neonazistischen „Nordischen Reichspartei“ engagiert. Es ist kein Zufall, dass die vier Parteien in der Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ keine Aufnahme fanden, in der die Dänische Volkspartei und die italienische Lega Nord den

**„EU-kritische Patrioten“ versuchen europaweit, Regierungsfähigkeit zur Schau zu stellen.**

Ton angeben.

### Rechtsextreme „Patrioten“

Die FPÖ tut so, als merke sie die Ablehnung nicht. Seit vielen Jahren veranstaltet sie Treffen rechtsextremer Gruppierungen, bei denen Gemeinsamkeiten beschworen und nach einer Europa-Strategie gesucht wird. Anfängliche Hemmschwellen sind längst überwunden. Noch 2002 hatte sich der damalige FPÖ-Generalsekretär Karl Schweitzer in der „Presse“ darüber beschwert, mit rechtsextremen Parteien wie dem Vlaams Blok oder

dem Front National „wider besseren Wissens“ in einen Topf geworfen zu werden. Es gebe mit diesen Parteien weder inhaltliche Berührungspunkte noch Kontakte – „und es wird auch keine geben!“ Heute gehören die Nachfolger der flämischen Nationalisten (die sich, um einem Parteienverbot zuvorzukommen, als Vlaams Blok auflösten, um sich danach als Vlaams Belang neu zu erfinden) ebenso wie der antisemitische und islamfeindliche Front National zu den von der Strache-FPÖ hochgelobten „europäischen Patrioten“. Ohne Berührungsängste hat sich die FPÖ mit jenen verbündet, die sich selbst als „regierungsfähig“ bezeichnen, von der Mehrheit der demokratischen Parteien in Europa jedoch als rechtsextreme, antisemitische, rassistische bzw. islamophobe Nationalisten wahrgenommen werden.

### Wenn Worte zu Taten werden

Es war die Bluttat von Oslo, die das mediale Interesse für die Zusammenhänge zwischen verbaler Hetze und dem Ausbruch realer Gewalt

weckte. Der Wiener Historiker Gerhard Botz hat am „Runden Tisch“ des ORF Klartext gesprochen: Das Massaker von Oslo sei „kein Einzelphänomen“, sondern Ergebnis eines „geistigen Umfelds“. Rechts-extremismus-Experten in ganz Europa teilen diese Meinung. Fanatischer Fremdenhass und gemeingefährliche Intoleranz fördern die Entstehung rechter Gewalt.

Es waren die radikalen Parolen der Freiheitlichen, mit denen Franz Fuchs in seinen Bekennerbriefen und bei der Einvernahme seine Verbrechen rechtfertigte. Die fixe Idee, gegen „Umvokung“ und „Überfremdung“ kämpfen zu müssen, sei „durch die damalige politische Diskussion“ entstanden, schreibt der Psychiater Reinhard Haller in seinem Gerichtsgutachten.

Die Freiheitlichen haben daraus nichts gelernt. Im steirischen Wahlkampf warben sie mit dem Online-Minarett-Spiel „Moschee baba“,

bei dem Muezzins „abgeschossen“ (weggeklickt) werden. In Wien wurde ein Comic verbreitet, in dem Strache einen Buben auffordert, mit der Steinschleuder auf „Mustafa“ zu schießen. Anfang August wurden auf der Facebook-Seite „Türkei nicht in die EU“, die Strache als Administrator und die geschlossene FPÖ-Prominenz als Freunde auswies, Einträge wie „Freisetzung von Giftgas“ oder „Bombenregen

**Das Massaker von Oslo ist kein Einzelphänomen, sondern das Ergebnis eines geistigen Umfelds.**

auf islamischen Boden“ gefunden.

Die Veröffentlichung des 1.500-Seiten-Manifests von Anders Breivik bringt nicht nur die Freiheitlichen, sondern auch ihre europäischen Gesinnungsfreunde in Verlegenheit. Der Oslo-Attentäter rechtfertigt seine Tat mit genau jenen Parolen, die den Wählern Europas aus der islamophoben Agitation rassis-

tisch agierender Parteien geläufig sind. Ausdrücklich lobt er jene, die am lautesten gegen Muslime hetzen. Nicht weniger als 80 Mal nennt er dabei die FPÖ.

## Hetze gegen den Islam

In Norwegen wurde mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar, was in ganz Europa längst Alltag ist: Überall haben die rassistischen Wahlkämpfe rechts-extremer Parteien die Zahl politisch motivierter Gewaltdelikte in die Höhe schnellen lassen. Die Art, in der gegen Mitglieder einer Reli-

gionsgemeinschaft gehetzt wird, sprengt alle Grenzen von Anstand, Respekt und Menschlichkeit. Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders vergleicht den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“, die Freiheitliche Susanne Winter nennt Mohammed einen „Kinderschänder“, die Schweden-Demokraten lassen in einem Werbespot dunkle, Burka tragende Gestalten Jagd

*Mitglieder der „Ungarischen Garde“ der rechtsextremen Jobbik-Partei in Budapest. Sie erhalten eine militärische Ausbildung, um „Ungarn zu verteidigen“.*





auf eine verängstigte Pensionistin machen, die Schweizer Volkspartei wirbt mit schwarzen Gestalten, die über die Schweizer Fahne trampeln.

## Traditionen der Gewalt

Fast alle Parteien, die sich verharmlosend „populistisch“ oder „patriotisch“ nennen, bekennen sich mehr oder weniger offen zu Gewalttraditionen oder nehmen es mit der Abgrenzung zur Gewalt nicht so genau. Am neonazistischen Terror der Nachkriegszeit, an Mordanschlägen und Überfällen auf Ausländer, Roma und „Linke“, an Brand- und Bombenanschlägen auf Asylantenheime und Flüchtlingsquartiere, an der Schändung jüdischer Friedhöfe und anderen politisch motivierten Gewaltakten waren Mandatare, Funktionsträger, Mitglieder und Anhänger jener Parteien, die gegen Muslime, Ausländer und Roma hetzen, überproportional beteiligt.

In Ungarn verbreiten die als „Ungarische Garde“ gerichtlich verbotenen, als „Neue ungarische Garde“ jedoch ungehindert auftretenden Schlägertrupps der Jobbik Angst und Schre-

**Wer da nicht hören, nicht sehen  
und nichts reden will,  
macht sich mitschuldig.**

cken unter den Roma. Zahlreiche Funktionäre der Partei, mit der die FPÖ im Europaparlament als „Allianz für die Freiheit“ gemeinsame Sache macht, sind wegen schwerster Gewaltdelikte vorbestraft.

Die Verknüpfung des italienischen Neofaschismus in den tödlichen Terror, der zwischen 1969 und 1990 mehr als 100 Opfer forderte, ist auf Tausenden Seiten Ermittlungsakten der Anschläge von Bologna,



© Nuriith Wagner-Strauss

Mailand und Brescia dokumentiert. Die Jugendorganisation der neofaschistischen MSI, die im Zentrum der polizeilichen Ermittlungen stand, wurde 1977 von Gianfranco Fini geleitet, der unter Berlusconi zum italienischen Außenminister aufstieg. Ein Europaabgeordneter der Lega Nord fand in einem Interview lobende Worte für Breivik, dessen Ideen er als „gut und manchmal ausgezeichnet“ klassifiziert.

Jean-Marie Le Pen, Gründer und langjähriger Vorsitzender des Front National (FN) und Vater der Neochefin Marie Le Pen, musste sich in schlechten Zeiten durch den Vertrieb von Nazi-Liedern über Wasser

halten. Er hat im Algerienkrieg gefoltert, bei Saalschlachten ein Auge einge-  
büßt und eine

sozialistische Kandidatin, die gegen ihn demonstrierte, eigenhändig verprügelt. Einer seiner Anhänger hat am 14. Juli 2002 einen Anschlag auf Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac versucht. Wann immer in Frankreich eine Moschee in Flammen aufgeht oder ein jüdischer Friedhof geschändet wird, sucht und findet die Polizei die Täter im Umfeld des Front National. Ein Politiker des FN veröffentlichte einen Text, der Breivik zur „Ikone“

## Petition SOS Ungarn

Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp wendet sich mit einer Petition an die österreichische Bundesregierung, um den bedrohlichen Entwicklungen in unserem Nachbarland Ungarn politisch entgegenzutreten. Die Petition kann online unterstützt werden: [www.gpa-djp.at/pressefreiheit](http://www.gpa-djp.at/pressefreiheit)

### Veranstaltungstipp:

Am 24. Oktober diskutieren JournalistInnen und GewerkschafterInnen aus Österreich und Ungarn zum Thema „SOS Ungarn – Kehrtwende nach rechts“. **24. Oktober 2011, 17–20 Uhr** in der GPA-djp, 1030 Wien, Alfred Dallinger Platz 1 (U3 Schlachthausgasse)

des Widerstandskampfes gegen die „muslimische Invasion“ verklärt.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Europa hat ein Problem. Ein von Hetzern angefachter und von psychopathischen Gewalttätern exekutierter Kampf der Kulturen ist zur Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaft geworden. Wer da nichts hören, nichts sehen und nicht reden will, macht sich mitschuldig. ■

## Kommentar



# Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit

*Sicherheit in der Lohn- und Gehaltsentwicklung ist der beste Konjunkturmotor.*

Von Wolfgang Katzian

Die GPA-djp verhandelt im heurigen Herbst für über 500.000 Beschäftigte die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Kaum in einem Jahr zuvor gab es schon lange vor den eigentlichen Verhandlungsrunden eine so starke öffentliche Diskussion über die Kollektivvertrags-Herbstrunden.

Die Gewerkschaften und insbesondere die GPA-djp haben dieser Diskussion durchaus den Stempel aufgedrückt. Der Vorstoß, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern endlich zu reduzieren, wenn notwendig mit eigenen „Frauenlohnrunder“, hat viel Zustimmung gebracht und zu heftigen Diskussionen geführt. Eines haben wir durch den Vorstoß sicher erreicht: Die handelnden Akteure können sich diesem Thema nicht mehr so leicht entziehen und der Druck in Richtung konkreter Maßnahmen abseits von Allgemeinplätzen und Bekenntnissen in Sonntagsreden ist gestiegen. Wir werden bei allen kommenden KV-Runden die Verhandler der Wirtschaft an die Worte ihres Präsidenten Leitl erinnern, der Maßnahmen zur Reduktion der Ein-

kommensunterschiede in den jährlichen Gehaltsrunden „eingefordert“ hat.

Im Handel haben wir schon bei den Verhandlungen im Jahr 2010 mit dem Mindestgehalt von 1.300,- Euro brutto im Kollektivvertrag einen wichtigen Schritt, der insbesondere Frauen zugute kommt, gesetzt. Auch die Umsetzung des OGH-Urteiles zur Einstufung von

**Ordentliche Gehaltserhöhungen sind das beste Rezept gegen Krise und Stagnation.**

KassierInnen ist ein Baustein für mehr Einkommensgerechtigkeit. Heuer werden wir mit der Forderung nach der kollektivvertraglichen Verankerung der Anrechenbarkeit von Karenzzeiten für Vorrückungen einen weiteren Akzent in diese Richtung setzen.

In der Metallindustrie sind die Rahmenbedingungen so eindeutig wie selten zuvor. Alle Eckdaten, von Inflation- bis Produktivitätsentwicklung, sprechen für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung. Wir lassen uns

sicher nicht durch „Nebelgranaten“ der Arbeitgeber von der klaren Forderung nach einer nachhaltigen Erhöhung abbringen. Einmalzahlungen – ob steuerbefreit oder nicht – ersetzen keine reale und nachhaltige Lohn- und Gehaltserhöhung. Wenn die Ausschüttungen an Aktionäre bereits wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben, dann verstehen keine Beschäftigten, warum sie im Gegensatz zu den Kapitaleignern den Gürtel enger schnallen sollen.

Am Höhepunkt der Wirtschaftskrise redeten viele Industrielle von Nulllohnrunder oder gar Aussetzen von Lohnerhöhungen.

Heute gilt als unbestritten, dass die Aufrechterhaltung der Nachfrage durch Lohnerhöhungen und Steuerensenkungen ein wesentlicher Faktor zur Krisenbewältigung war.

Die Menschen brauchen gerade jetzt Sicherheit und Nachhaltigkeit in der Lohn- und Gehaltsentwicklung und keine Verunsicherung durch dauerndes Krisenerede. Denn ordentliche Lohn- und Gehaltserhöhungen sind das beste Rezept gegen Krise und Stagnation. ■



© Alexander Rath, Fotolia.com

## Neue Broschüre Pflege und Betreuung

*Der Pflegefonds stellt die Finanzierung bis 2014 sicher. Wie wird es danach weitergehen?*

Sparen in der Pflege und Betreuung ist kein Zukunftskonzept. Darüber sind sich alle seriösen ExpertInnen einig. Im Gegenteil, der Staat wird mittel- und langfristig ausreichende zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen müssen, um die steigende Nachfrage zu erfüllen. Der jüngst im Parlament beschlossene Pflegefonds ist ein erster Schritt zu mehr Nachhaltigkeit in der Pflege und Betreuung, lässt jedoch viele zentrale Herausforderungen – vor allem für die Zeit nach 2014 – ungelöst.

Die Broschüre bietet einen konkreten Vorschlag von GPA-djp und vida zur Finanzierung und Verbesserung der Pflege und Betreuung nach 2014

sowie zahlreiche Diskussionsbeiträge von ExpertInnen zu Themen wie Pflegesicherung, Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen am Arbeitsmarkt, der Arbeitsbelastung im Bereich der Pflege und Betreuung sowie einen Überblick über die Berufe und Ausbildungen, einen internationalen Vergleich zwischen Modellen der Pflegefinanzierung und einen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Privathaushalten.

Broschüre bestellen:  
[service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at) oder downloaden auf [www.gpa.djp.at](http://www.gpa.djp.at)



## SchülerInnenumfrage: Deine Meinung zählt!

Wenn es um Schule, Ausbildung, Interessen usw. geht, werden zuerst immer die LehrerInnen und dann die Eltern gefragt – Schluss damit! Als Jugendgewerkschaft interessiert uns was DU als SchülerIn denkst: zu Schule, Bildung, Ausbildung, Ferienjob usw. Nimm an der Umfrage teil und nutze die Gelegenheit zu sagen, was du am System Schule toll findest, aber auch was dich total nervt. Gewinne gleichzeitig einen iPod touch (32GB), einen von zwei iPod shuffle oder eine von fünf iTunes Gift Cards! Die Umfrage findest du auf [www.jugend.gpa-djp.at/umfrage](http://www.jugend.gpa-djp.at/umfrage)

Mobile Tagging: Mit diesem Code kommst du direkt zur Website. Du brauchst ein Mobiltelefon mit Kamera und Internetzugang.



## Ja zu einem Zukunftsbudget!

Während die Regierung Kürzungen bei Leistungen für Familien, Kinder und Menschen mit Behinderung oder die Unterfinanzierung von Bildung und Pflege als Zukunftsbudget verkauft, hat das Bündnis „Wege aus der Krise“ eine andere Vision eines Zukunftsbudgets:

Genau jene Bereiche, wo die Regierung sparen will, sollen besser ausgestattet werden. Investitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, Soziales, in die kommunale Grundversorgung, in Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehr und saubere Energie sind dringend notwendig und würden gleichzeitig Tausende Zukunftsarbeitsplätze schaffen.

Diese Investitionen sind mit der Besteuerung von Vermögen und der Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen bzw. umweltschädlichen Subventionen finanzierbar.

„Wege aus der Krise“ ist ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, NGOs (Greenpeace, Global 2000, SOS Mitmensch), Attac, Armutskonferenz, u. a. m.



Das Zukunftsbudget unterstützen können Sie auf [www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)





„Die Konjunktur ist gut, der Motor brummt, daraus leiten die KollegInnen ihre Erwartungen für die KV-Runde ab.“

## Kein Grund zur **Bescheidenheit**

*Die Wirtschaftsdaten sind gut, die Branche Metall und Bergbau hat sich von der Krise längst erholt. Bei den diesjährigen KV-Verhandlungen ist ein deutliches Gehaltsplus zu erwarten.*

Von Barbara Lavaud

**F**ür die 165.000 Beschäftigten der Branche Metall und Bergbau startete am 22. September mit der Forderungsübergabe die gewichtigste der herbstlichen KV-Runden. Die Metallindustrie macht traditionell den Auftakt der sogenannten Herbstlohnrunde, ihr Abschluss hat Signalwirkung für die anderen Branchen. Dieses Jahr steht eine offensive „Geldrunde“ im Mittelpunkt der Verhandlungen der Gewerkschaften GPA-djp (Angestellte) und PRO-GE (ArbeiterInnen) – keine Bescheidenheit, heißt die Parole.

Denn: „Der Branche geht es gut, der Konjunkturaufschwung war stär-

ker als erwartet“, berichtet der Chefverhandler der GPA-djp, Karl Proyer, „ein kräftiges Gehaltsplus von 5,5 Prozent muss daher drin sein.“

Walter Hofstadler, Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrates bei der voestalpine Stahl GmbH und ebenfalls im Verhandlungsteam, schließt sich dem an: „Die Beschäftigten haben Großes geleistet und die Unternehmen durch die Krise durchgetragen, sie haben die Konjunktur wieder hochgefahren.“ Das hat allerdings auch Opfer gefordert: „Während der Krise wurde Personal abgebaut, daher ist nun der Leistungsdruck auf die verbliebene Belegschaft enorm gestiegen.“

### **Leistungsdruck und Überstunden**

Hofstadlers Bericht ist keine Ausnahme, bei den BetriebsrätInnen der Branche hört man allerorten von massiv steigenden Überstundenzahlen und hohem Leistungsdruck seit der Krise. Auch Alois Schlager, BR-Vorsitzender bei CHN Österreich (Steyr Traktoren), sieht hier den Knackpunkt bei den Verhandlungen: „Die Leistung im Betrieb stimmt, die Beschäftigten arbeiten mit vollem Einsatz für ihre Firma. Es werden sehr viele Arbeitsstunden geleistet, deutlich mehr, als die faktische Arbeitszeit vorsieht. Entsprechend erwarten nun alle ihr Stück

vom Kuchen.“ Und Schlager gibt zu bedenken: „Wenn das Ergebnis der Gehaltsverhandlungen hinter den Erwartungen zurückbleibt, wäre das eine grosse Enttäuschung und würde wahrscheinlich zu betrieblichen Konflikten führen.“

## Gute Wirtschaftsdaten

Die Zahlen der Branchenanalyse beweisen: Der Konjunkturaufschwung im zweiten Jahr nach der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit war deutlich stärker als ursprünglich angenommen. Für 2011 wird nach der Juli-Prognose des WIFO das reale Wachstum des BIP mit drei Prozent prognostiziert. In der Sachgüterproduktion ist der Konjunkturaufschwung stark. Dieser Aufschwung ist in erster Linie vom Export und von den steigenden Ausrüstungsinvestitionen getragen.

„Die Betriebsergebnisse sind extrem gut. Wir wissen aus der Bilanzanalyse, dass die Ausschüttungen und die Gewinne hoch sind – wir wissen aber auch, dass die Personalkosten dahinter deutlich zurückgeblieben sind“, berichtet Alois Schlager.

Im Vorjahr hatten sich die Sozialpartner nach schwierigen Verhandlungen auf ein Plus bei den KV-Löhnen und Gehältern um 2,5 Prozent

(Ist-Erhöhung 2,3 Prozent) geeinigt. Im Rückblick auf die Situation damals fällt auf, dass einerseits die tatsächliche Entwicklung der Konjunktur und der Produktion deutlich besser verlaufen ist als angenommen. Da aber andererseits die Inflation unerwartet stärker ausfiel, war die Entwicklung der Löhne und Gehälter schlechter. Mit anderen Worten: Trotz sehr guter Konjunktur gab es einen Reallohnverlust, der nun kompensiert werden sollte.

## Inflation und Produktivitätszuwachs

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen orientieren sich traditionell an zwei Werten: der Inflation und dem Produktivitätszuwachs. Auf dieser Basis wird verhandelt. „Es ergibt sich diesmal eine Inflationsrate von 2,8 Prozent, das ist sehr hoch“, erklärt Proyer.

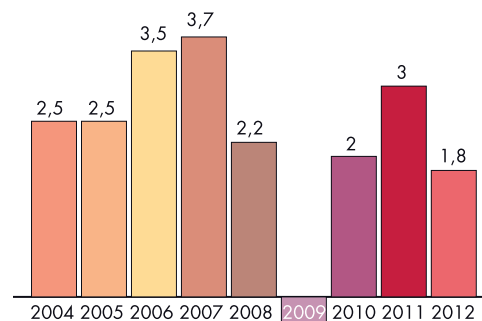
Diese Inflationsbeschleunigung hat zu einer leichten Senkung der Bruttolöhne geführt. Wegen der sinkenden Reallöhne ist der private Konsum (mit nur 0,9 Prozent für 2011) schwach. Ein weiterer wichtiger Grund, bei den Gehältern ordentlich was draufzulegen. Proyer: „Die Kaufkraft ist ein enorm wichtiger Konjunkturmotor, der darf nicht ins Stottern geraten.“

Die Gewerkschaften wollen jedoch – anders als die Arbeitgeber – auf jeden Fall auf Nachhaltigkeit setzen. „Mit Prämien und Einmalzahlungen geben wir uns sicher nicht zufrieden. Eine Einmalzahlung sieht auf den ersten Blick gut aus, aber über die Jahre hinweg verliert sie an Wert. Von solchen Vorschlägen der Arbeitgeber lassen wir uns nicht ködern“, betont Proyer.

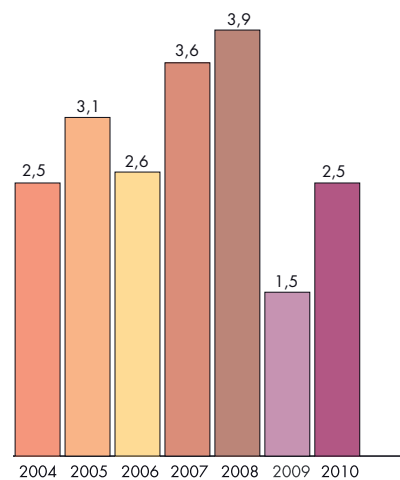
Und noch ein anderer Punkt steht dieses Jahr sehr weit oben auf der Prioritätenliste: die Fraueneinkommen. „Das nehmen wir sehr

ernst, natürlich nicht nur bei der Metallrunde, auch in allen anderen Branchen. Die Einkommensschere wollen wir endlich schließen, es ist hoch an der Zeit“, kündigt Proyer an.

Auch Voestler Hofstadler weiß, was auf dem Spiel steht: „Die Konjunktur ist gut zurzeit, der Motor brummt, die Inflation ist hoch. Daraus leiten die Kolleginnen und Kollegen ihre Erwartungen für die KV-Runde ab, und das ist heuer unsere Herausforderung!“



Wachstum des BIP real seit 2004 (Quelle: WIFO)



Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Metallindustrie seit 2004 (Mindestlöhne ohne Einmalzahlungen)

## Video

Alles zu den Forderungen der GPA-djp bei der diesjährigen Lohn- und Gehaltsrunde für die Branche Metall und Bergbau auch auf Video unter [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

Mobile Tagging:  
Mit diesem Code  
kommen Sie direkt  
zur Website. Sie  
brauchen ein Mobil-  
telefon mit Kamera  
und Internetzugang.





© Lucky Dragon, Fotolia.com

# Österreich darf **nicht sitzen bleiben**

*Hohe Drop-out-Raten, eine niedrige Bildungsbeteiligung und überarbeitete Lehrer. Wie können wir das System effizienter machen?*

Von Andrea Rogy

**D**as österreichische Bildungssystem krankt. Stark belasteten LehrerInnen stehen viele mangelhaft betreute SchülerInnen gegenüber, die sich Unterstützung durch private Nachhilfestunden holen müssen. Das Ziel einer breiten Ausbildungsbasis für alle, unabhängig von Einkommen, Herkunft und Bildung der Eltern, wird in Österreich nicht erreicht. Kann man hier noch von einem effizienten Bildungssystem sprechen?

„Eine umfassende und solide Bildung fördert die Chancen auf ein erfolgreiches und gesundes Leben und nicht zuletzt auch auf einen guten Arbeitsplatz“, weiß GPA-djp-Bildungsexperte Thomas Kreiml. Doch dazu müssen die Jugend-

lichen auch im Ausbildungssystem gehalten werden. Das gelingt in Österreich leider nur ungenügend: „Der Anteil von 15-/16-jährigen Jugendlichen, die noch keinen Schulabschluss haben, aber dennoch keine Schule mehr besu-

**Der wichtigste Schritt wäre die gemeinsame Schule für alle SchülerInnen bis zum Ende der Schulpflicht.**

chen, liegt in Österreich bei 5,6 Prozent. Damit sind wir im negativen Spitzenfeld, nur in Mexiko und in der Türkei ist diese ‚Out-of-School-Population‘ noch größer“, kritisiert der Experte.

Die PISA-Studie zeigt, dass zehn Prozent der SchülerInnen unser Bil-

dungssystem ohne abgeschlossene Schulausbildung verlassen. Kreiml meint, dass hier eine Erhöhung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr helfen könnte, um die Ausbildungssituation der jungen Menschen zu verbessern. „Als Jugendlicher

muss man viele Dinge erst kennenlernen, um sich eine bewusste Meinung darüber bilden zu können. Eine Berufsentscheidung mit 14 Jahren ist vielfach zu früh und bildet in erster Linie

den erreichten Bildungsstatus der Eltern ab“, sieht Kreiml hier Hürden für Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten.

Die neuesten Zahlen der OECD („Bildung auf einen Blick“) zeigen: In Österreich befindet sich jeder fünfte 15- bis 19-Jährige nicht mehr in Aus-



bildung. Österreich räumt der Bildung offensichtlich keine Priorität ein: Denn die Bildungsausgaben gemessen am BIP liegen nicht nur ebenfalls unter dem OECD-Schnitt, sie sind noch dazu seit 1995 gesunken – von 6,2 auf 5,4 Prozent – und klar hinter dem Anstieg des BIP zurückgeblieben.

### Positive Bindung zur Schule

Die Bereitschaft zur Bildung hängt für Gerda Benesch-Tschanett, Direktorin der Theodor-Kramer-Schule im 22. Wiener Gemeindebezirk, auch von den angebotenen Rahmenbedingungen ab. „In einem Umfeld, wo breite Unterstützung und methodische Vielfalt geboten werden, werden Bildungsangebote von den SchülerInnen selbst gut wahrgenommen“, berichtet sie. Die Jugendlichen spiegeln dann nicht jenen Stellenwert wider, den Ausbildung für ihre Eltern hat, sondern entwickeln ein eigenständiges Wertesystem. Es entsteht so etwas wie eine positive Bindung an die Schule: „Das zeigt sich an unserer Schule darin, dass eine beachtliche Zahl an Schulabgängern nach der 8. Schulstufe nach einer kurzen Zeit der Berufstätigkeit wieder an die Schule zurückkehren und weiterlernen möchte.“

### Unterstützung notwendig

Die PISA-Studie 2009 zeigt noch weitere, besorgniserregende Trends: So haben beispielsweise rund 15 Prozent der SchülerInnen nach neun Jahren Schule immer noch Probleme beim Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften.

Unterstützung beim Lernen ist zweifelsfrei notwendig. 77 Prozent der Eltern geben an, abends noch mit Ihren Kindern zu lernen. Darüber hinaus nehmen bereits stolze 27 Prozent der SchülerInnen private Nachhilfe in Anspruch, wofür von

den Eltern jedes Jahr satte 127 Millionen Euro aufgewendet werden.

Doch nicht jeder, der Unterstützung brauchen würde, bekommt diese auch: Von jenen 270.000 SchülerInnen, die private Nachhilfestunden brauchen würden, bekommen rund 70.000 keine Hilfe, weil es sich die Eltern nicht leisten können. So wird die soziale Selektion auf dem Weg zur besseren Bildung über den Umweg Nachhilfe fortgesetzt.

### Erfolgskonzept StützlehrerIn

Doch es geht auch anders: Direktorin Benesch-Tschanett arbeitet an einer jener Wiener AHS, in denen in der Unterstufe nach dem Modell der Neuen Wiener Mittelschule unterrichtet wird. Dort werden alle SchülerInnen der 1. bis 8. Schulstufe gezielt gefördert. In den Trägerfächern Deutsch, Mathematik und Englisch gibt es eine/n zweite/n Lehrerin/Lehrer in jeder Klasse.

#### Volksbegehren für eine Bildungsreform

Das Volksbegehren Bildungsinitiative „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ können Sie unterstützen: Mit Ihrer Unterschrift in der Woche von **3. bis 10. November** in Ihrem Gemeindeamt. Mehr dazu auf [www.nichtsitzenbleiben.at](http://www.nichtsitzenbleiben.at)

Ein Sitzenbleiben gibt es an dieser Schule nicht. Wer den Lehrstoff der aktuellen Schulstufe nicht bewältigt, bleibt in seiner Klasse, wird jedoch umgestuft und nach dem Hauptschullehrplan unterrichtet. Soziale Kontakte in der Klasse gehen dabei nicht verloren.

„Natürlich ist unser Modell nicht das billigste – aber der Output ist besser“, weiß Benesch-Tschanett. So

brauchen die SchülerInnen keine privaten Nachhilfestunden mehr, denn in sogenannten „Fördertrainingsstunden“ wird schwieriger Lernstoff mit FachlehrerInnen nachmittags nochmals durchgearbeitet – auf freiwilliger Basis. „Die SchülerInnen holen sich genau das ab, was sie an Unterstützung brauchen“, sieht die Direktorin die Effizienz des Unterstützungssystems.

Benesch-Tschanett ist davon überzeugt, dass eine methodisch durchdachte Unterstützung der SchülerInnen, ein gezielter Mitteleinsatz sowie individuelle Förderung auch entsprechend positive Resultate bringen. „Ein Zu-Tode-Sparen des Systems macht es ineffizient und schadet letztlich den SchülerInnen. Lücken in der Betreuung und überlastetes Lehrpersonal können nicht jene Bildungsstandards gewährleisten, die wir in Österreich haben möchten“, konstatiert die Direktorin. Dabei geht es um schulische, aber auch um menschliche Erziehung und um kritisches Denken sowie ein Wertebewusstsein einer ganzen Generation. „Unser Modellbeispiel zeigt die positiven Früchte dieser Investitionen“, so Benesch-Tschanett.

### Investitionen in Bildung

Zur Verbesserung des Systems fordert die GPA-djp eine zielorientierte Erhöhung der Bildungsinvestitionen. „Der wichtigste bildungspolitische Schritt in naher Zukunft wäre allerdings die gemeinsame Schule für alle SchülerInnen bis zum Ende der Schulpflicht“, fordert Kreiml. „Das Abschaffen der in Österreich immer noch üblichen frühen Trennung der SchülerInnen in Hauptschule oder Gymnasium nach der 8. Schulstufe würde auch Kindern aus sozial schwächeren Familien das Tor zu nachhaltigeren Bildungswegen und Karrieren öffnen“, ist Kreiml überzeugt. ■



100 kleine Neugierige haben es zur Kinderuni on Tour in den Max-Winter-Park (Wien Leopoldstadt) geschafft.

# Das Nichts ist ganz bunt

*Die Kinderuni on Tour kommt zu den Kindern in die Parks. So lernen auch Kinder aus bildungsferneren Schichten die Wissenschaft kennen.*

Von Christian Resei

Selym (9) und Ayse (8) schauen gebannt auf die Bühne. Dort führen die jungen Wissenschaftler Sigi und Thomas gerade vor, was passiert, wenn ein simpler Bleistiftspitzer aus Metall verbrannt wird. Selyms ältere Brüder verstecken sich in der letzten Reihe, zeigen sich eher gelangweilt und ab und zu ruft einer der beiden laut „Äktschn“ über die Köpfe der anderen Parkbesucher.

## Action im Park

Die Glut, die den Spitzer einhüllt, entfacht nach und nach immer größere Flammen, bis am Ende weißer Rauch aufsteigt. Die Kinder rufen „Oh“ und „Ah“, applaudieren und alle haben sichtlich Spaß an der Darbietung. „Wenn es raucht und kracht, merkt man schon, dass es für Chemiker leichter ist als für Philosophen oder Mathematiker“, berichtet Karoline Iber, Geschäftsführerin der Wiener Kinderuni. Auch heuer besuchte die „Kinderuni on Tour“ Parks in Wien, Nieder-

österreich und dem Burgenland. Dabei wollen junge WissenschaftlerInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen Kinder für ihr Fach begeistern. Ziel ist es, bei der Reise durch öffentliche Parks auch Kinder aus bildungsferneren Schichten zu erreichen. Die Kooperation mit der jeweiligen lokalen Park- oder Grätzel-Betreuung ist dabei wichtig. „Wenn man Kinder aus unterschiedlichen Kulturkreisen ansprechen will, ist es wichtig, dass sie eine Vertrauensperson haben“, erklärt Iber. So haben es rund 100 kleine Neugierige zur Kinderuni on Tour in den Max-Winter-Park in die Wiener Leopoldstadt geschafft.

## Neugierde fördern

Karoline Iber: „Unser Ziel ist es, dass die Kinder den Mut bekommen, ihrer Neugierde nachzugehen.“ Armutsgefährdete Kids sollen eine faire Chance haben, an den Vorträgen teilzunehmen. Deshalb werden Tageskarten an Initiativen wie Ute Bock, Integrationshaus, Roma-

Vereine, Caritas oder die Plattform der Alleinerziehenden verteilt. „Bei der stationären Kinderuni Wien sind wir ganz streng, da dürfen die Eltern nicht mitkommen. Bei der Kinderuni on tour freuen wir uns, wenn die Mütter auch einmal mit-schnuppern.“

Neben der Hauptvorlesung lernen die Kids die Wissenschaft an verschiedenen Stationen spielerisch kennen. Etwa an der Philosophiebox: Hier bekommen sie die Aufgabe, eine Minute ans Nichts zu denken und danach zu besprechen, was das Nichts wohl ist. Gar nicht einfach. Ein paar Schritte weiter lernen sie, aus wie vielen bunten Teilen die Farbe Schwarz zusammengesetzt ist. Ayse hat der Nachmittag gut gefallen, auch wenn sie nicht genau weiß, was das Nichts eigentlich bedeutet. Selym ist von der Mischung verschiedener chemischer Elemente fasziniert. Und sogar seine „coolen“ Brüder sind bis zum Schluss geblieben. ■

# Jede Generation hat ihre Stärken

*Altersgerechtes Arbeiten ist in aller Munde. Unsere Gesellschaft beginnt über ein sogenanntes Generationenmanagement nachzudenken.*

Von Gertraud Wiesinger

**E**ine gute Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt stellt einen wesentlichen Erfolgsfaktor für unsere Wirtschaft dar. Denn, warum nur eindimensional denken – wir brauchen beides: Jung und Alt für mehr Effizienz, größeren Erfolg und letztendlich auch für mehr Wohlbefinden aller Beteiligten.

## Aktiv dem Wandel begegnen

Unternehmen, welche sich schon heute aktiv mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen auseinandersetzen, werden in einigen Jahren deutlich besser am Markt positioniert sein. Entwicklungen zeigen, dass unsere Gesellschaft immer älter wird. Dies bringt auch neue Herausforderungen für die Arbeitswelt mit sich. Immer mehr ältere ArbeitnehmerInnen stehen im Berufsleben, was aber auch bedeutet, dass wir uns mit den unterschiedlichen Lebensphasen von MitarbeiterInnen auseinandersetzen müssen. Denn unterschiedliche Lebensphasen führen

zu unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen. „Wir müssen erkennen, dass sich Lebens- und Berufserfahrung sowie Know-how jüngerer und älterer Mitarbeiter gegenüberstehen, aber auf keinen Fall ausschließen dürfen“, so Günther Trausznitz, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp.

## Wissenstransfer

Das Know-how fließt nicht immer nur vom Älteren zum Jüngeren. Auch Jüngere bringen Wissen ins Unternehmen ein. Sie besitzen alternative Qualitäten zu älteren MitarbeiterInnen. Dennoch ist es wichtig zu begreifen, dass der langfristige Erfolg eines Unternehmens in höchstem Maße von der Erhaltung des Wissens erfahrener MitarbeiterInnen abhängt.

Wesentlich ist, eine effektive Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt herzustellen. Netzwerke müssen über alle Hierarchie- und Altersstufen hinweg funktionieren. „Wenn wir es

nicht schaffen, ältere und jüngere Menschen direkt in Interaktion treten zu lassen, verpassen wir Chancen und die Qualität der Ergebnisse leidet unnötig“, so Trausznitz.

## Generationen-Tandems

Die Zukunft liegt in „altersgemischten Teams“ oder „Generationen-Tandems“, wo die individuellen Stärken von Jüngeren und Älteren verbunden werden. Jeder Chef muss die individuellen Fähigkeiten und die Leistungsbereitschaft seiner MitarbeiterInnen kennen und nutzen, um ein Unternehmen erfolgreich zu gestalten.

Die Gewerkschaft fordert darüber hinaus einen Altersbeauftragten in jedem Unternehmen, der sich der Bedürfnisse und Anliegen der ArbeitnehmerInnen annimmt. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre eine erzwingbare Betriebsvereinbarung, die den Umgang des Betriebes mit den Bedürfnissen älterer ArbeitnehmerInnen regelt. ■

*Das Know-how fließt nicht immer nur vom Älteren zum Jüngeren, auch Jüngere bringen Wissen ins Unternehmen ein.*

© Kai Koehler, Fotolia.com

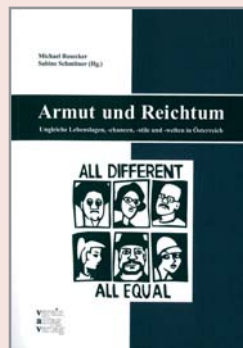


### Armut und Reichtum. Ungleiche Lebenslagen, -chancen, -stile und -welten in Österreich.

Hrsg. Michael Rosecker und  
Sabine Schmitner.  
Verein Alltag Verlag 2011.  
20,90 €

„Eine im statistischen Durchschnitt reiche Gesellschaft“, schreibt Michael Amon in seinem Beitrag zu Armut und Reichtum, „die an jeder Ecke Armut und Mangel produziert, die immer nur davon spricht, wo gekürzt werden muss, wem man was wegnehmen wird müssen, wie gefährdet doch die Pensionen seien, dass der Sozialstaat zu teuer geworden ist, dass es weder genug Studienplätze noch ausreichend Arbeitsplätze gibt, eine solche Gesellschaft ist in ihrem Kern längst seelisch verarmt und zivilisatorisch wieder einmal auf dem Weg zur Barbarei.“

„Armut und Reichtum“ ist ein Lesebuch, das in teils wissenschaftlichen, teils literarischen Beiträgen die gesellschaftliche Ungleichheit und das Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich thematisiert. Während in Österreich Vermögen lächerlich gering steuerlich belastet sind, reicht bei immer mehr Menschen das Erwerbseinkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt abzusichern. Eine zunehmend ungleichere Gesellschaft und eine wachsende Armutsgefährdung bedeuten nicht nur für die Betroffenen persönliches Leiden, sondern auch eine



gesamtgesellschaftliche Bedrohung, da Abstiegsgängste die Menschen empfänglich für politische Agitation machen.

Das Buch setzt sich mit vielen verschiedenen Aspekten von Armut und Reichtum auseinander, von allgemeinen Fakten zu Einkommen, Privatverschuldung und Wertewandel über Lebensstilfragen wie Konsumverhalten bis hin zu Fallbeispielen aus der sozialarbeiterischen Praxis der Jugend- oder Obdachlosenbetreuung. Es enthält Beiträge von Michael Amon, Michael Rosecker, Martin Schürz, Christa Schlager, August Gächter, Ingolf Eler, Sabine Schmitner, Eva Blimlinger, Sylvia Hahn, Hilde Weiss und vielen anderen ExpertInnen und AutorInnen.

*Barbara Lavaud*

### Sozial – medial – bewegt! Neues Handbuch für den Einsatz von Web 2.0.

Thomas Kreiml, Hans Christian Voigt (Hrsg.): Soziale Bewegungen und Social Media.  
Handbuch für den Einsatz von Web 2.0.  
ÖGB-Verlag, 2011.  
29,90 €



Die Bedeutung sogenannter sozialer Medien im Rahmen politischer Protestbewegungen ist inzwischen unbestritten. Wo immer in den letzten Jahren Menschenmassen politisch in Bewegung gekommen sind, spielte der Einsatz der Instrumente des Web 2.0 eine wichtige, um nicht zu sagen zentrale

Rolle. Sei es bei den revolutionären Umwälzungen im arabischen Raum, bei den Sozialprotesten in Spanien, Griechenland, Israel oder in Österreich die „Uni-brennt“-Bewegung.

Eigentlich erstaunlich, dass es noch kaum Literatur zum Thema politische Nutzung von sozialen Medien gibt. Diese Lücke versucht nun das vorliegende Buch zu füllen. Als Cross-Media-Projekt angelegt ([www.sozialbewegungen.org](http://www.sozialbewegungen.org)), versteht sich sbm als Sammlung von Erfahrungsberichten von AktivistInnen, die mit den Instrumenten des Web 2.0 konkrete Erfahrungen gemacht haben. Die Weitergabe von konkretem Wissen über den Einsatz der Instrumente durch Manuals ist gewollt.

Das Buch ist zweifellos ein wichtiger Beitrag, um ein Gegengewicht zur kommerziellen Nutzung der

sozialen Medien durch Unternehmen zu schaffen. Auch dem Thema gewerkschaftliche Nutzung von Web 2.0 ist ein Kapitel gewidmet. Ergebnis: Obwohl sich fast alle Gewerkschaften bislang auf dem Terrain von Web 2.0 bewegen, wäre es vermessen, diesbezüglich von der großen „Erfolgsgeschichte“ zu sprechen. Für viele Institutionen ist das Agieren noch von Unsicherheit und Experiment geprägt. Initiativen wie jene rund um das vorliegende Medienprojekt sind sicher ein weiterer Impuls, auch im Bereich der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung die sinnvolle und effektive Nutzung von Social-Media-Instrumenten zu beschleunigen.

*Martin Panholzer*

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at) erhältlich.



## Vulkanasche: Klage der GPA-djp bekam Recht

*Der Ausfall der Flüge wegen der Vulkanaschewolke 2010 ist eine entgeltspflichtige Dienstverhinderung.*

Im Frühjahr 2010 brachte die Vulkanasche des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull den Flugverkehr über Europa über mehrere Wochen zum Erliegen. Die WKO vertrat damals die Rechtsauffassung, dass ArbeitnehmerInnen, die deswegen verspätet aus dem Urlaub zurückkommen, keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung für die ausfallenden Arbeitszeiten hätten.

Ein Fall vor dem Arbeitsgericht gab nun der GPA-djp recht: Diese Meinung der WKO ist falsch! Ein Angestellter verbrachte seinen Urlaub in Südafrika und konnte wegen der Vulkanaschewolke den Rückflug nach Wien nicht wie geplant, son-

dern erst fünf Tage später antreten. Für seinen Arbeitgeber war dies keine entgeltspflichtige Dienstverhinderung.

Die GPA-djp brachte beim Arbeits- und Sozialgericht Klage ein und bekam recht: Der Kläger hätte ohne sein Verschulden seinen Dienst zeitgerecht angetreten. Er hätte nichts unternehmen können, um den Wiederantritt seiner Arbeit rechtzeitig zu ermöglichen. Er hat daher Anspruch auf sein Entgelt für die Dauer dieser Dienstverhinderung.

Für Fragen zu diesem Thema wenden Sie sich an die GPA-djp-Rechtsberatung, Tel. 05 03 01 - 301

## Verhandlungstipps für Frauen

Männer fordern durchschnittlich einmal im Jahr eine Gehaltserhöhung, Frauen hingegen nur alle zwei bis drei Jahre, wenn überhaupt. Daher hat das Frauenbüro der Stadt Wien eine Broschüre mit Gehaltsverhandlungstipps für Frauen herausgebracht. Das clever designte Büchlein setzt sich mit inneren und äußeren Widerständen auseinander, gibt konkrete Handlungstipps und bringt außerdem Checklisten für Gehaltsverhandlung und Bewerbungsgespräch.



Bestellung der Broschüre: [frauen@ma57.wien.gv.at](mailto:frauen@ma57.wien.gv.at)

## Mutterschutz für freie Dienstnehmerinnen

Das Mutterschutzgesetz bietet arbeitsrechtliche Absicherung und schützt die Gesundheit von Mutter und Kind auch im Arbeitsverhältnis. Doch für die rund 11.000 unselbstständig beschäftigten Freien Dienstnehmerinnen gilt dieses Gesetz nicht.

Daraus ergeben sich zahlreiche Benachteiligungen, denn es gilt weder das Arbeitszeitgesetz noch das Nachtarbeits-, das Sonn- und Feiertags- oder das Überstundenverbot, ebenso wenig wie der Kündigungs- und Entlassungsschutz. Geringere Arbeitszeit aufgrund von Krankenstand, Arztbesuchen oder längeren Pausen bedeutet hier Verringerung des Einkommens und weniger Geld beim Wochenlohn und beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld.

Daher fordert die GPA-djp die Einbeziehung von Freien Dienstnehmerinnen in das Mutterschutzgesetz. Dieses Gesetz muss für alle unselbstständig beschäftigten Arbeitnehmerinnen gelten, unabhängig vom Arbeitsvertrag!

Ein Video dazu finden Sie auf [www.gpa-djp.at/interesse](http://www.gpa-djp.at/interesse)

Mobile Tagging: Mit diesem Code kommen Sie direkt zur Website. Sie brauchen ein Mobiltelefon mit Kamera und Internetzugang.





© Bildagentur Waldhäusl/PM/Wolfgang Behm Dr. Peter Fischer

„Bei Lehrlingsseminaren wird den Lehrlingen gesagt, dass sie mit den KundInnen nicht Türkisch sprechen sollen.“

## Gerne mit **Zusatzqualifikation**

*Handelsangestellte werden nicht immer ihren Qualifikationen entsprechend entlohnt. Auch die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist hoch. Das will die GPA-djp ändern.*

*Von Heike Hausensteiner*

**D**ie Firma Lobmayr sucht derzeit „einen/eine VollzeitmitarbeiterIn für den Verkauf in unserem Stammhaus in der Kärntner Straße“ im ersten Bezirk in Wien. Man wünscht sich u. a. Englischkenntnisse in Wort und Schrift. „Weitere Fremdsprachen, wie Russisch, sind erwünscht.“ Weniger erwünscht sind bestimmte Fremdsprachen, wechselt der Schauplatz von der noblen Innenstadt in den Arbeiterbezirk Meidling: Beim Diskonter nennt die Kassierin der älteren Frau mit Kopftuch den zu zahlenden Betrag gleich auf Türkisch,

das Retourgeld zählt sie auf Türkisch vor – mit betont gedämpfter Stimme. Das macht sich anscheinend nicht besonders gut, wenn die Angestellte mit der Kundin in der gemeinsamen Muttersprache spricht. Letztere kann nur Türkisch. Die Kassierin bekommt für ihre Zusatzqualifikation freilich keinen Zuschlag bezahlt.

### **Sprachkenntnisse**

„Die Tatsache, dass MigrantInnen mehr Sprachkenntnisse mitbringen, wird bei uns völlig igno-

riert“, berichtet die Betriebsrätin einer großen Lebensmittelkette, die namentlich nicht genannt werden möchte, im Interview. „Wir wissen, dass bei Lehrlingsseminaren den Lehrlingen gesagt wird, dass sie mit den KundInnen nicht Türkisch sprechen sollen. Aber bei einem Ladendiebstahl zum Beispiel braucht man die MigrantInnen zum Dolmetschen“, sagt die Arbeitnehmervertreterin. „Wenn MigrantInnen mehr bezahlt bekommen, hätten wir intern wohl eine Revolution. Ich wüsste auch nicht, wie wir das umsetzen – sonst drän-



gen wir die Zuwanderer ganz hinaus aus dem Arbeitsmarkt.“

Die berechnete Frage, ob die Fremdsprachenkenntnisse der MigrantInnen auch entlohnt werden, müsse man aber jetzt thematisieren, erklärt Manfred Wolf von der GPA-djp. Tatsache ist, dass MigrantInnen, die bestimmte Sprachen sprechen können, bevorzugt an bestimmten Standorten eingesetzt werden. Honoriert würden aber diese Zusatzqualifikationen nicht und hier gilt es anzusetzen. „Während im ersten Bezirk oder in Fremdenverkehrsregionen Sprachkenntnisse offen verlangt und entsprechend entlohnt werden, wird das bei MigrantInnen einfach verschwiegen, obwohl hier die Zusatzqualifikation genauso benötigt wird.“ Warum, fragt sich Wolf, sei dieser Logik zufolge Englisch oder Russisch mehr wert als Türkisch?

## Faire Einstufung

Interspar beispielsweise hat die Einstufungsfrage in anderem Zusammenhang bereits vor drei Jahren positiv für die Betroffenen gelöst: Die österreichweit 700 Scanner-KassierInnen wurden in die Beschäftigungsgruppe 3 hinaufgestuft. Diese seien schließlich der letzte und sicherste Kontakt zu den KundInnen und ständig präsent, hieß es. Viele Betroffene in anderen Unternehmen werden die Umstufung und die Gehaltsnachzahlungen erst jetzt erreichen, nachdem der Oberste Gerichtshof (OGH) im Sommer einer Klägerin in dieser Frage recht gegeben hat (wir berichteten dazu in der KOMPETENZ 5/2011). Durch den Einsatz der Scanner-Kassen müssten sich die KassierInnen keine Preise merken, lautete ein Argument der Wirtschaftsvertreter, um die niedrigere

Einstufung zu rechtfertigen. Dem hält die Gewerkschaft entgegen: Die Arbeitsbelastung an der Kassa habe sich durch die Technik nicht geändert.

Mit dem OGH-Urteil wird sich für viele auch die Beitragsgrundlage rückwirkend bis fünf Jahre erhöhen. „Da kommen einige Summen zusammen“, sagt Manfred Wolf. Bezeichnend ist, dass die Wirtschaftskammer auf ihrer Webseite die Unternehmer vor Nachforderungen von Betroffenen warnt und Tipps gibt, etwa die Verfallsfrist bei nachträglichen Gehaltsansprüchen zu beachten.

**MigrantInnen, die Sprachkenntnisse mitbringen, werden oft nicht entsprechend entlohnt.**

## Einkommensschere

Der Gewerkschaft geht es nicht darum, „den Handel als generell böse“ anzuprangern, sagt Manfred Wolf. Sondern es gehe erstens um die generelle Frage der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern durch Bewertung deren Arbeit. In Österreich hat die (Einzel-)Handelsbranche mit 300.000 Angestellten einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil von 70 Prozent (in Großbritannien z. B. sind es 60 Prozent). „Wir vermuten, dass bei Frauen nicht so genau hingeschaut wird und dass sich Männer bei Gehaltsverhandlungen besser verkaufen.“ Zweitens müsse es nun auch darum gehen, dass alle ihren Fähigkeiten entsprechend entlohnt werden, und dazu gehörten eben auch bei der Arbeit benötigte Sprachkenntnisse.

Es gelte außerdem, das Bild der Frau als „Zuverdienerin“ zu korrigieren:

Schätzungsweise ein Viertel bis ein Drittel der weiblichen Handelsgestellten sind Alleinverdienerinnen bzw. Alleinerzieherinnen – bei einem Brutto-Monatsgehalt von 1.300 Euro (38,5 Wochenstunden). Viele übernehmen daher ein zweites Dienstverhältnis zum Beispiel auf Werkvertragsbasis, wo sie etwa bestimmte Regale mit bestimmten Lebensmittellieferungen (bei geringer Kundenfrequenz in den frühen Morgenstunden) bestücken – anders kommen sie finanziell nicht über die Runden.

Laut Manfred Wolf beträgt eine korrekte Gehaltseinstufung und Entlohnung der Arbeit im gesamten Handel den Wert von zwei bis drei Gehaltsrunden. Die Beseitigung des Geschlechterunterschieds bei den Gehältern hat dabei Priorität – hier hat sich die Gewerkschaft viel vorgenommen und will neue Maßnahmen ergreifen. GPA-djp Vorsitzender Wolfgang Katzian hatte im Sommer bereits Sonder-KV-Runden für Frauen angekündigt, um ganz konkrete Schritte zur Anhebung der Fraueneinkommen setzen zu können. ■

## Kollektivvertrag Handel

Start der Verhandlungen:  
19. Oktober  
450.000 Beschäftigte  
Anhebung ab 1. Jänner  
2012

Vorjahr:  
6 Verhandlungsrunden  
Plus 2,0–2,3 Prozent  
1.300 Euro Mindestlohn



© Nuriith Wagner-Strauss

Andreas Pöschek bekommt genau die Hilfe, die er braucht – persönliche AssistentInnen begleiten ihn in seinem Alltag und machen ihn damit unabhängig.

# Maßgeschneiderte Hilfe

*Persönliche AssistentInnen unterstützen Menschen, die in ihrem Alltag Hilfe brauchen. Oft unter schlechten Arbeitsbedingungen: Viele sind geringfügig beschäftigt, zu unterschiedlichen Stundensätzen.*

Von Alexia Weiss

**A**ndreas Pöschek ist seit seiner Querschnittslähmung 1997 auf den Rollstuhl angewiesen. Seit einem Jahr begleiten ihn drei persönliche AssistentInnen in seinem Alltag. Unter seiner Anleitung leisten sie ihm genau die Hilfe, die er im Moment braucht – und machen ihn damit unabhängiger. „Die gesamte Lebensqualität hat sich zum Positiven verändert“, erzählt Pöschek. „Durch die Behinderung kann ich viele Tätigkeiten nicht selbst ausführen – diese führt mir die persönliche Assistenz so aus, als würde ich sie ‚selbst machen‘ – angefangen von körperlich schwer belastenden Handgriffen im Alltag oder auch das Erreichen von Orten, die ich wegen der Behinderung und den noch vor-

handenen Barrieren nicht erreichen kann. Die Flexibilität hat sich erhöht und ich kann mein Leben wieder so planen, wie es vor der Behinderung war.“

## Nicht angestellt

Österreichweit sind rund 1.000 Personen als persönliche AssistentInnen tätig, davon 700 in Oberösterreich und Wien. Das Gros der Beschäftigten ist weiblich, arbeitet Teilzeit – und ist nicht angestellt. Hier sieht Andrea Schober, in der GPA-djp für die Interessengemeinschaft work@flex zuständig, auch eines der derzeit größten Probleme. „Der Einwand, dass manche nur so wenige Stunden machen, dass es keinen Sinn macht, sie anzustel-

len, ist aus arbeitsrechtlicher Sicht kein Argument. Ich kann jemanden auch nur für wenige Stunden in der Woche anstellen.“

## Regionale Unterschiede

Je nach Bundesland wird die Beschäftigung und Bezahlung von persönlichen AssistentInnen ganz unterschiedlich gehandhabt. Das reicht von der Stundenkontingentierung bis zu den Zugangsbedingungen zu persönlicher Assistenz. Andreas Pöschek nimmt derzeit in Wien zum Beispiel im Monat 270 Stunden in Anspruch. In Oberösterreich dürfen dagegen maximal 250 Stunden monatlich an Hilfeleistungen konsumiert werden, sagt Angelika Diwald.

Sie hat selbst mehrere Jahre in dem Beruf gearbeitet und ist heute Betriebsrätin in der oberösterreichischen Firma „Persönliche Assistenz GmbH“. Hier ist ein Teil der AssistentInnen angestellt, der überwiegende Teil arbeitet allerdings als freie DienstnehmerInnen, ein Drittel davon geringfügig. Der Bruttolohn pro Stunde beträgt dabei 15,55 Euro, in der Nacht und am Wochenende gibt es Zuschläge. In Wien schwanken die Stundensätze zwischen neun und 22 Euro, so Schober.

## Einheitliche Regelung

Die Gewerkschafterin hält dies für nicht akzeptabel. Sie fordert einerseits eine bundesweite Regelung der persönlichen Assistenz – und andererseits eine Anstellung. Jene AssistentInnen, die in Oberösterreich angestellt sind, fallen beispielsweise unter den Kollektivvertrag der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS-KV). Zur Anwendung kommt dabei Verwendungsgruppe 4, das Einstiegsgehalt liegt für 38 Wochenstunden bei 1.550,60 Euro brutto monatlich.

## Freie DienstnehmerInnen benachteiligt

„In diesem Beruf muss man auch viel heben, tragen, Menschen waschen. Sobald eine Frau schwanger wird, die hier als freie Dienstnehmerin tätig ist, müsste sie eigentlich aufhören zu arbeiten, um eine Gefährdung von Mutter und Kind zu vermeiden“, nennt Schober einen weiteren Grund, warum es hier zu Anstellungen kommen muss. Arbeitet eine Frau auf Stundenbasis und hört dann auf oder reduziert ihre Arbeitszeit, erhält sie nur ein sehr geringes Wochenlohn, denn dieses wird auf Basis der Einkünfte der letzten drei Monate

vor der Geburt berechnet. Zudem gelten wegen des fehlenden Mutterschutzgesetzes für Freie DienstnehmerInnen auch keine Schutzbestimmungen wie Feiertags- und Nachtarbeitsverbot, Überstundenverbot oder der Anspruch auf ausreichende Pausen.

## Ausbildung

Nächstes Problemfeld: Persönliche AssistentInnen werden auf ihren Einsatz kaum bis gar nicht vorbereitet. „In Wien sind die Leute nicht geschult. Jeder Zivildienstler muss zumindest einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen können. Doch im Bereich der persönlichen Assistenz

### Persönliche Assistenz: Eine wertvolle Dienstleistung mit steigender Nachfrage.

fehlen jegliche Bestimmungen zur beruflichen Qualifikation“, sagte Schober. Ja, hier handle es sich um einen Laienberuf, bestätigt Angelika Diwald. In Oberösterreich seien allerdings eine viertägige Schulung und später eine jährliche Fortbildung verpflichtend. Ob das ausreicht? Diwald meint Ja.

Dennoch räumt sie ein, dass es on-the-job doch immer wieder zu schwierigen Situationen komme, die es zu meistern gelte. „Es ist zum Beispiel eine Herausforderung, sich abzugrenzen, die richtigen Worte zu finden. Man muss darauf achten, bei allem nötigen Einfühlungsvermögen immer die Distanz zu wahren.“ Das ist vor allem anfangs nicht immer leicht. Dem/der AssistenznehmerIn zuliebe kann man auch leicht unter Druck geraten, geleistete Assistenzstunden nicht zu verrechnen. Diwald würde es daher auch befürworten, wenn alle AssistenznehmerInnen eine entsprechende Einschulung

bekämen. Derzeit sei dies zwar ein Angebot, das aber von vielen nicht angenommen werde.

## Wertvolle Dienstleistung

Was nun jedenfalls nicht passieren dürfe, sei die Interessen der AssistentInnen gegen die Interessen der AssistentInnen auszuspielen, betont Schober. „Das kann nicht die Antwort auf das Problem sein.“ Die Gesellschaft müsse vielmehr sehen, dass hier eine Dienstleistung angeboten werde, die auch ihren Wert hat. Auf EU-Ebene wurde inzwischen für jene, die eine solche benötigen, das Recht auf persönliche Assistenz festgeschrieben. Demnach ist auch mit einer steigenden Nachfrage nach dieser Dienstleistung zu rechnen.

Andreas Pöschek kann das Modell anderen nur wärmstens empfehlen.

Zuvor habe er sich oft als Bittsteller gefühlt, sei auf den Zeitplan von Verwandten, Familienmitgliedern, Bekannten oder Organisationen angewiesen gewesen. Jetzt bestimmt er den Zeitplan, legt fest, wann er Hilfe braucht, die dann nach entsprechender Terminkoordination von den AssistentInnen geleistet wird. „So kann ich hier die gewonnene Zeit für das Studium oder die Arbeit nutzen, damit einerseits mein Geld selbst verdienen und andererseits einen Beitrag für die Gesellschaft leisten.“ ■

### work@flex



Die Interessengemeinschaft work@flex ist eine Plattform für Menschen mit freiem Dienstvertrag, Werkvertrag oder Gewerbeschein ohne eigene MitarbeiterInnen. Mehr dazu auf: [www.gpa-djp.at/interesse](http://www.gpa-djp.at/interesse)



# Gesundheit am Wienerberg

*In der Wiener Gebietskrankenkasse sorgen 3.500 Beschäftigte für Gesundheitsleistungen auf höchstem Niveau für rund 1,5 Millionen Versicherte.*

Von Christian Resei

**G**anz oben am Wienerberg im 10. Gemeindebezirk sitzt Michael Aichinger im 8. Stock der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK). Der Zentralbetriebsratsvorsitzende ist seit acht Jahren für 2.200 MitarbeiterInnen in der Gebietskrankenkasse und weitere 1.300 MitarbeiterInnen im Hanusch-Krankenhaus zuständig. Das Arbeitsspensum der Belegschaft ist rasant gestiegen: „Im Vergleich zu 1995 wurde bei uns Personal im zweistelligen Prozentbereich eingespart, obwohl sich das Arbeitsaufkommen insgesamt erhöht hat“, berichtet Aichinger. Die sogenannte Verwaltungskostendeckelung traf die WGKK 2001 während der schwarz-blauen Regierung. „Die Kosten der Verwaltung wurden einfach eingefroren, egal, was es an Aufgaben zu bewältigen gab.“ Vom Kranken- oder Kinderbetreuungsgeld, der e-card bis zur Bewilligung medizinischer Spezialbehandlungen reichen die Aufgaben in der Zentrale, in den Bezirksstellen und Gesundheitszentren. Zusätzlich ist auch das Hanusch-Krankenhaus an die WGKK angegliedert. „Wir sind sehr froh, dass wir das Spital haben“,

erklärt Aichinger, denn eine der Hauptaufgaben der Krankenkasse ist die Finanzierung von Therapien und Medikamenten. „Gibt es neue Methoden, können sie im Hanuschspital angewandt werden.“ Der direkte Nachweis für Effizienz. In PatientInnenbefragungen zählt das Hanusch-Krankenhaus seit Jahren zu Wiens beliebtesten Spitälern.

## Im Großen wie im Kleinen

Als Betriebsrat engagiert sich Michael Aichinger, 48, auch im Detail. Angefangen bei kleinen Konflikten in Abteilungen bis zur höchst praktischen Hilfe bei harten Schicksalsschlägen. Beispiel: „Das Kind einer Mitarbeiterin hat besondere Bedürfnisse. Wir haben geholfen, den passenden Kindergartenplatz zu finden. Kürzlich konnten wir einem schwer kranken Mädchen einen Laptop organisieren, damit sie im Krankenhaus mit ihren Freunden in Kontakt bleiben kann.“ Aichinger und seine KollegInnen bemühen sich, für die Menschen in ihrem fordernden Job ein gutes Arbeitsklima zu schaffen. „Wir veranstalten etwa After-Work-Partys,

Kabarets und laden zu Filmpremiere mit ermäßigten Preisen. Zu Harry Potter kamen 540 Leute.“

## Neuer Beruf: VerwaltungsassistentIn

Das Klima soll stimmen, freilich auch die beruflichen Chancen. Michael Aichinger hat sich jahrelang dafür eingesetzt, dass die Arbeit in der Gebietskrankenkasse zum eigenständigen Beruf wird. Die Lehre nennt sich heute VerwaltungsassistentIn, vergleichbar mit Bürokaufmann/-frau, doch auf die Bedürfnisse im Verwaltungsmanagement spezialisiert. „Eines der nächsten Ziele ist es, dass wir auch einen Berufsschutz bekommen.“ Was nebensächlich klingt, ist überaus wichtig: eine Berufsunfähigkeitspension kann mit der Begründung abgelehnt werden, dass in einem branchenfremden Beruf weitergearbeitet werden kann. Für kranke WGKK-MitarbeiterInnen ein Hohn. Doch auch bei hartem Gegenwind kämpft Michael Aichinger weiter. ■

© Nürith Wagner-Strauss



Michael Aichinger, Zentralbetriebsratsvorsitzender der Wiener Gebietskrankenkasse



© DPix Center, Fotolia.com

## Herbstzeit – Grippezeit

*Die kalte Jahreszeit steht vor der Tür und viele ArbeitnehmerInnen stellen sich die Frage „Was tun bei Grippe?“*

Als kranke ArbeitnehmerInnen müssen Sie sich umgehend krank melden, beachten sie dabei die innerbetrieblichen Spielregeln! Es besteht jedoch keine Verpflichtung, dem/der ArbeitgeberIn mitzuteilen, woran man erkrankt ist.

Der/die ArbeitgeberIn kann übrigens nicht verlangen, dass Sie sich gegen Grippe impfen lassen. Ausnahmen gibt es nur in einigen Berufsgruppen, das ist im Einzelfall zu klären.

Wenn Kind oder PartnerIn erkranken, haben Sie Anspruch auf Pflegefreistellung im Ausmaß einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit

(also in der Regel eine Woche/Jahr). Für die Zeit der Pflegefreistellung gebührt Entgeltfortzahlung. Dieser Anspruch besteht für maximal eine zweite Woche wegen der notwendigen Pflege eines neuerlich erkrankten Kindes, das das 12. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Auch hier muss dem/der ArbeitgeberIn rechtzeitig mitgeteilt werden, dass Pflegefreistellung in Anspruch genommen wird.

Die häufigsten Fragen samt (rechtlichen) Antworten haben Ihnen die GPA-djp-Frauen auf einem Info-Blatt zusammengestellt! Den Folder bestellen: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

## Datenänderung online

Sie haben eine neue Adresse oder Telefonnummer? Sie nehmen eine Karenz in Anspruch? Ab sofort können Sie Ihre Daten ganz einfach selbst online ändern: auf [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at) einfach mit Benutzernamen und Passwort einloggen bzw. neu registrieren.

Auf dem Feld „Daten ändern“ (links unten) – Datenänderungsformular anklicken – ausfüllen – fertig!

Sie können uns Ihre Datenänderungen selbstverständlich auch per Post (GPA-djp, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1034 Wien), per E-Mail ([service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)) oder per Telefon (05 03 01-301) mitteilen!

### Broschüre Märchenprinz

Noch immer wirken Rollenklischees, die Frauen bestimmte Bilder und Verhaltensmuster aufzwingen. Doch Frauen, die immer noch glauben, der Märchenprinz werde kommen und dann gehe alles gut aus – sie erwachen oft in wirtschaftlicher Abhängigkeit und Doppelbelastung, konfrontiert mit Sexismus und Diskriminierungen im Beruf.



Um vor allem junge Frauen auf ihre Rechte und auf die Tücken und Gefahren in ihren Lebensbereichen aufmerksam zu machen, hat die GPA-djp-Jugend nun schon zum dritten Mal die Broschüre „Wir schießen auf den Märchenprinz“ aufgelegt.

Die Broschüre umfasst Rollenklischees und Ausbeutung ebenso wie Frauenquoten, Niedrigeinkommen, Karenzzeiten, Sexismus, doppelte Diskriminierung bei MigrantInnen und vieles andere mehr.

Die Broschüre bestellen [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



© Foto: Rauchenberger / WBV-GPA

Gerhard Razborcan, Michael Gehbauer, Hannes Fazekas, Andrea Holzmann, Ingrid Reischl, Lukas Mandl, Peter Howorka

# Spatenstich in Mannswörth

*Im August 2011 fand in Mannswörth/KG Schwechat der Spatenstich für eine Wohnhausanlage mit 63 Wohneinheiten statt. Für die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) ein Anlass zu feiern.*

Von Michael Gehbauer

**D**as Grundstück wurde von der WBV-GPA Ende 2005 erworben. Nachdem Ende 2007 die Förderung für die ersten zehn Wohneinheiten seitens des Landes Niederösterreich zugesichert wurden, sah es nach einem raschen Baubeginn aus, der sich aber mangels Zuteilung weiterer Förderungsmittel verzögerte. Jetzt ist es so weit. Gemeinsam mit LAbg. Mag. Lukas Mandl und dem Bürgermeister der Stadtgemeinde Schwe-

chat, Abg. z. NR. Hannes Fazekas wurde die feierliche Zeremonie in Angriff genommen.

## Mehr Wohnraum für Niederösterreich

LAbg. Mag. Mandl betonte als Vertreter des Landes Niederösterreich die hohe Wohnqualität, die durch die Wohnbauförderung sichergestellt wird. Es gehe darum, für Familien hochwertigen Wohnraum

zur Verfügung zu stellen, um das Grundbedürfnis Wohnen bestmöglich zu erfüllen.

## Neuer Wohnraum für Mannswörth

Bürgermeister Fazekas hob die regionale Bedeutung dieser Wohnhausanlage für Mannswörth hervor. Es sei in den letzten Jahren massiv in die Infrastruktur investiert worden. Größere Nahversorger würden



sich erst dann ansiedeln, wenn die Bevölkerung eine gewisse Größe erreicht hätte, und dieser Größenordnung würde man mit diesem Bauvorhaben wieder einen Schritt näherkommen. Außerdem benötigte die Stadt Schwechat dringend Wohnraum, da Hunderte Personen als wohnungssuchend gemeldet sind.

### 63 neue Wohneinheiten

Das Grundstück erstreckt sich von der Römerstraße 75–77 bis zur Mannswörtherstraße 110 und umfasst 1 Wohnhaus an der Mannswörtherstraße mit 8 Wohneinheiten, 3 Einzelhäuser sowie von der Römerstraße zugänglich 12 Reihenhäuser und 5 Wohnhäuser mit 4–5 Wohnungen. Insgesamt werden 63 Wohneinheiten und 93 Tiefgarageeinheiten errichtet.

### Südorientierte Wohnungen mit Freiraum

Das Grundstück wird durch in Nord-Süd-Richtung verlaufende Fußwege erschlossen. Ein Weg ist als Spielstraße ausgebildet. Zwischen den Wegen gibt es einen Kinderspielplatz. Kleinkinderspielplätze, Sitzplätze, sowie Fahrrad- und Kinderwagenabstellräume sind entlang der Wege angeordnet. Die Wohngebäude sind Richtung Süden orientiert und verfügen über Eigengärten und Dachterrassen.

### Wohnungen für Familien und Singles

Die Reihenhäuser mit ca. 120 m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche sind dreigeschoßig und haben einen Eigengartenanteil und eine Dachterrasse.

Die Wohnungsgrößen der Maisonette- und Geschoßwohnungen liegen zwischen 50 und 110 m<sup>2</sup>, wobei es Singlewohnungen im Erdgeschoß mit Gartenanteil aber auch im Dachgeschoß mit Dachterrassen gibt. Der Wohnungsmix bietet Wohnungssuchenden mit unterschiedlichen Bedürfnissen ein optimales Angebot.

### Finanzierungsbeitrag, Miete und Fertigstellung

Die Wohnungen in Mannswörth sind Mietwohnungen mit einer Kaufoption nach zehn Jahren. Der vorläufig kalkulierte Bau- und Grundkostenbeitrag dieser im Rahmen des NÖWFG (Niederösterreichischen Wohnungsförderungsgesetz) geförderten Wohnungen beträgt ca. € 350,- pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche. Die Gesamtmiete inkl. Betriebskosten und Umsatzsteuer beträgt ca. € 7,- pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche. Ein Tiefgaragenplatz kann um ca. € 55,- pro Monat angemietet werden. Mit der Fertigstellung ist Ende 2012 zu rechnen. Informationen erhalten sie beim WBV-GPA-Wohnservice und bei der Stadtgemeinde Schwechat.

## FREIE WOHNUNGEN

### Bestehende Objekte (sofort beziehbar):

- 3300 Amstetten  
Beethovenstraße 7  
2-Zimmer-Wohnung 51 m<sup>2</sup>
- 8761 Pöls  
Andreas-Rein-Gasse 10–18  
Burgogasse 12–16  
3+4-Zimmer-Wohnungen
- 8605 Kapfenberg  
1-Zimmer-Wohnungen  
ca. 33 m<sup>2</sup>

### Neubauprojekt:

- 1100 Wien  
Pernerstorfergasse 83  
Passivhaus  
108 Wohnungen

### Geschäftslokale/Büro:

- 1100 Wien  
Kundratstraße 6  
Büroflächen 200 m<sup>2</sup> und  
460 m<sup>2</sup>
- 1220 Wien  
Süßenbrunnerstraße 60  
Geschäft ca. 167 m<sup>2</sup>
- 8605 Kapfenberg  
Wienerstraße 56–58  
Geschäft ca. 130 m<sup>2</sup>

## Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung  
für Privatangestellte  
WBV-GPA-Wohnungs-  
service – Gassenlokal

1010 Wien  
Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14

Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
E-Mail: [wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)



© Foto: Rauchenberger / WBV-GPA

Architekt  
Schwalm-Theiss  
erläutert den  
interessierten  
Ehregästen  
das Projekt.



© Andres Rodriguez, Fotolia.com

# Goldener Herbst

*Gerade im Herbst, nach einem schönen Spaziergang, sind Museen empfehlenswerte Ausflugsziele. Mit der CARD gibt's ermäßigte Eintrittspreise.*



© Freisinger

## Kunsthalle Leoben

Im Zentrum der historischen Altstadt Leobens bietet die Kunsthalle Ausstellungen von internationaler Bedeutung.

Bis 1. November 2011  
„Die Rückkehr der Götter“

Rund 150 Marmorskulpturen und Bronzestatuetten, Terrakotten, Vasen, Kultgegenstände und Schmuckstücke zeigen einen Einblick in die griechisch-römische Götterwelt. Die Götter sind vom Olymp herabgestiegen und erzählen ihre Geschichte.

Mit der CARD ermäßigter Eintritt: nur EUR 7,- statt 10,-

Kunsthalle Leoben/  
MuseumsCenter Leoben  
Kirchgasse 6, 8700 Leoben  
[www.leoben.at](http://www.leoben.at)



© Engelhardt-Sellin

## Lentos Kunstmuseum Linz

Das LENTOS zählt zu den bedeutendsten Museen moderner und zeitgenössischer Kunst in Österreich.

Ausgehend von Sammlungsbeständen, deren Schwerpunkte in Meisterwerken der europäischen Malerei der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie einer reichhaltigen Grafiksammlung und qualitativollen Fotografiebeständen liegen, spannt das LENTOS den Bogen zwischen der klassisch-historischen Kunst des frühen 20. Jahrhunderts bis hin zu aktuellsten Kunstpositionen.

Mit der CARD:  
EUR 4,50 statt 6,50  
LENTOS Kunstmuseum Linz  
Ernst-Koref-Promenade 1  
4020 Linz  
[www.lentos.at](http://www.lentos.at)



© W Simlinger

## KUNST HAUS WIEN

Das KUNST HAUS WIEN verfügt über zwei Ausstellungsbereiche:

Das Museum Hundertwasser zeigt einen Querschnitt durch das Schaffen von Friedensreich Hundertwasser.

Das KUNST HAUS WIEN präsentiert intern. Wechselausstellungen, bis 6. November 2011 „Hundertwasser – Die Kunst des grünen Weges“

Bei Vorlage der CARD  
(2 ermäßigte Karten/Person)  
Kombiticket: EUR 7,- statt 10,-  
Gültig für die permanente Ausstellung sowie für die Jubiläumsausstellung.  
Kunst Haus Wien  
Untere Weißgerberstraße 13  
1030 Wien  
[www.kunsthauswien.com](http://www.kunsthauswien.com)

© Fernando Botero



### Bank Austria Kunstforum

Ab 12. Oktober 2011 zeigt das Kunstforum die erste umfassende Retrospektive des kolumbianischen Malers und Bildhauers Fernando Botero in Österreich.

Die Ausstellung umfasst an die 70 Gemälde und das gesamte Universum des südamerikanischen Künstlers von seinen ersten Arbeiten aus den späten 1950er-Jahren bis heute: Genreszenen, Porträts, Akte, Stillleben – all diese Themen interpretiert er mit Anspielungen an seine Heimat.

Mit der CARD ermäßigter Eintritt von EUR 6,- statt 9,-

Bank Austria Kunstforum  
Freyung 8, 1010 Wien  
[bankaustria-kunstforum.at](http://bankaustria-kunstforum.at)

© Brainpool Media



### Museum der Moderne Salzburg

Interessante Ausstellungen in beiden Häusern

Museum auf dem Mönchsberg:  
29.10.2011 – 5.2.2012  
Emil Nolde  
Mensch Natur Mythos  
5020 Salzburg, Mönchsberg 32  
Ermäßigter Eintritt mit der CARD: EUR 6,- statt 8,-

Rupertinum in der Altstadt:  
11.10.2011 bis 29.1.2012  
Oskar Kokoschka  
Druckgrafik aus der Sammlung  
5020 Salzburg, Wiener-Philharmoniker-Gasse 9  
Mit der CARD ermäßigter Eintritt: EUR 4,- (statt 6,-)

Kombiticket:  
EUR 8,- (statt 12,-).  
[www.museumdermoderne.at](http://www.museumdermoderne.at)

© Celum imagine



### Hexen.Zauber – Ausstellung

Was Mythos und Wirklichkeit ist, dem geht die Ausstellung in Mistelbach nach. In Asparn/Zaya wird thematisiert, wie sehr die Magie der Farbe bereits die Menschen der Steinzeit beeinflusste oder welchen Zauber Pflanzen auf unsere Vorfahren ausübten.

Mit der CARD: das Kombiticket MZM & Urgeschichtemuseum nur EUR 7,- statt 9,- für beide Museen und die Ausstellung „Hexen.Zauber“

MZM Mistelbach  
Waldstraße 44–46,  
2130 Mistelbach  
Urgeschichtemuseum NÖ  
Schlossgasse 1  
2151 Asparn/Zaya  
[www.hexen-dieausstellung.at](http://www.hexen-dieausstellung.at)

### Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card). Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



© Gennadiy Poznyakov, Fotolia.com





# Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: [www.gpa-djp.at/gewinnspiel](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiel)

**Einsendeschluss: 23. Oktober 2011.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© IMP ART

Ab Oktober 2011

## Märchenkreisel

Kabarett Niedermair,  
1080 Wien

Kunterbunte Märchenstunden für Kinder ab 4 jeden Samstag um 16.30 Uhr mit Märchen der Gebrüder Grimm, von H. C. Andersen, u.v.m.

Infos: [www.niedermair.at](http://www.niedermair.at)

Mit der CARD auch am Spieltag Vorverkaufsermäßigung!



© Rita Neumann

10. Okt. 2011 bis  
12. Mai 2012

## 1000 & ONE NIGHT STAND

Kulisse, 1170 Wien

Das sechste Soloprogramm der Kabarettistin Regina Hofer verspricht ein wahres Feuerwerk der Lust, der WEIBLICHEN Lust vor allem.

Infos: [www.kulisse.at](http://www.kulisse.at)  
Karten: Tel. 01/485 38 70

Mit der CARD:  
EUR 15,- statt 18,-



© Stefan Smidt

Ab 12. Oktober 2011

## DERWISCH ERZÄHLT 6

Interkulttheater

Dass ein Thema wie „Integration“ höchst unterhaltsam sein kann, beweist Aret Güzel Aleksanyan in seinem 6. Derwisch-Programm „Kreuzkümmel und Morgenrot“.

Infos: [www.interkulttheater.at](http://www.interkulttheater.at)  
Karten: 01/587 05 30

Mit der CARD:  
EUR 13,- statt 17,-



© Alfred Zacharias

13. Okt. – 5. Nov. 2011

## SALAM.ORIENT 2011

Versch. Veranstaltungsorte

Anlässlich seines 10. Geburtstages wartet „Salam.Orient. Musik, Tanz und Poesie“ mit einem Konzert- und Veranstaltungsmarathon auf, mit über 30 Events in Wien sowie Konzerten in den Bundesländern und im slowenischen Maribor.

Infos: [www.salam-orient.at](http://www.salam-orient.at)



© DE-Event

18. November 2011

## GOLDEN VOICES OF GOSPEL

Museumsquartier Halle E

The Original Gospel-Feeling is back. Erleben Sie eine Reise durch die atemberaubende Welt der Spirituals und Traditionals sowie der klangvollen und wohlbekannteren Gospelsongs.

Karten: 01/743 52 50  
EUR 5,- CARD-Ermäßigung



© DE-Event

19. November 2011

## SWING NIGHT

Museumsquartier Halle E

Die Swing-Legenden Max Greger, Hugo Strasser, Ambros Seelos und Orchester stehen für zeitlose Hits, unverwechselbare Melodien und die ganz großen Swing-Klassiker: ob Goodman, Miller oder Ellington.

Karten: 01/743 52 50  
EUR 5,- CARD-Ermäßigung



# Leserbriefe

KOMPETENZ 04/2011:  
Frauenswerpunkt

Ich bin für Gleichbehandlung von Frauen und Männern und lebe das auch als Führungskraft in einem Unternehmen. Ich muss aber leider auch feststellen, dass bei einigen Mitarbeiterinnen, die gleich viel wie die Männer bei gleicher Arbeit verdienen, die Leistung bei Weitem nicht der Leistung der Männer entspricht. Ich erlebe auch, dass Frauen überfordert sind und keine Verantwortung übernehmen möchten. Kolleginnen im Führungskreis treffen keine Entscheidungen, beuten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus und sind mit den Aufgaben überfordert. Frauen mobben sich gegenseitig u. s. w.

Wenn die Kompetenz 4/2011 eine Frauen-Zeitschrift ist, sehe ich mich als Mann in der Gewerkschaft nicht mehr vertreten und muss mir überlegen, ob das noch meine politische Heimat ist.

In dieser Ausgabe geht es nur um das Thema Frauen, als ob es sonst keine Probleme geben würde. Ich glaube, dass ein Kassier im Supermarkt nicht mehr verdient als eine Kassierin. Wenn die Gewerkschaft nicht beide Geschlechter vertreten kann, dann muss eine Frauengewerkschaft gegründet werden. Die Quote hilft niemandem, am wenigsten den Frauen, es sollte leistungsgerecht bezahlt werden, unabhängig vom Geschlecht, da muss ange-setzt werden.

Franz Heinrich

KOMPETENZ 05/2011:  
Solidarische Pflegefinanzierung

Da ich in der Pflege arbeite, engagiere ich mich sehr stark, auch um auf notwendige Veränderungen Augenmerk zu legen.

Ein wesentlicher Bestandteil in der Pflege ist auch die Betreuungsbzw. Beziehungspflege, die enorm zu kurz kommt. Ich merke immer wieder in der Praxis, wie wichtig es wäre, nicht nur Zeit, sondern wirklich VIEL mehr Zeit den Betroffenen widmen zu können.

Ich plädiere daher stark dafür, dass in Zukunft darauf geachtet werden sollte, in Heimen pro Station wenigstens eine Betreuungskraft einzustellen, die sich „nur um die seelischen Belange“ der zu Betreuenden kümmert. Eine solche Kraft wäre haushoch ausgelastet, um diese Bedürfnisse abzudecken. Auch in der mobilen Betreuung ist es unbedingt notwendig, jemanden zu haben, der sich mehr für die Anliegen der Klienten Zeit nehmen kann, wo nicht Minuten geritten werden müssen, sich Zeit dafür nehmen kann, mit den Betroffenen zu REDEN (die das – so wie in den Heimen auch – oft UMSONST einfordern).

Und im Endeffekt sei die Überlegung angestellt: jede/r, welche/r in eine solche Lage der Betreuung kommen kann möchte doch wirklich (nicht nur auf dem Papier) menschenwürdig behandelt werden und nicht als ein steigender Kostenfaktor im Pflegebetrieb gehandelt/betrachtet werden.

Ilse Lorenz

KOMPETENZ 05/2011: Österreich,  
Steuerparadies für die Reichen

Ob die paar Reichen (zu denen ich bei Gott nicht zähle und mir auch wegen der diskutierten Grenzen keine Sorgen zu machen brauche) die paar Euro mehr zahlen, ist wohl nur psychologisch zu sehen. Dort, wo es etwas einzusparen gibt (z. B. endlich eine Verwaltungsreform, die diesen Namen auch verdient), dort setzt mir auch die Gewerkschaft nicht tatkräftig genug an. Kümmert euch doch bitte mal um die Sachen, die sich lohnen!

Gottfried Essletzichler

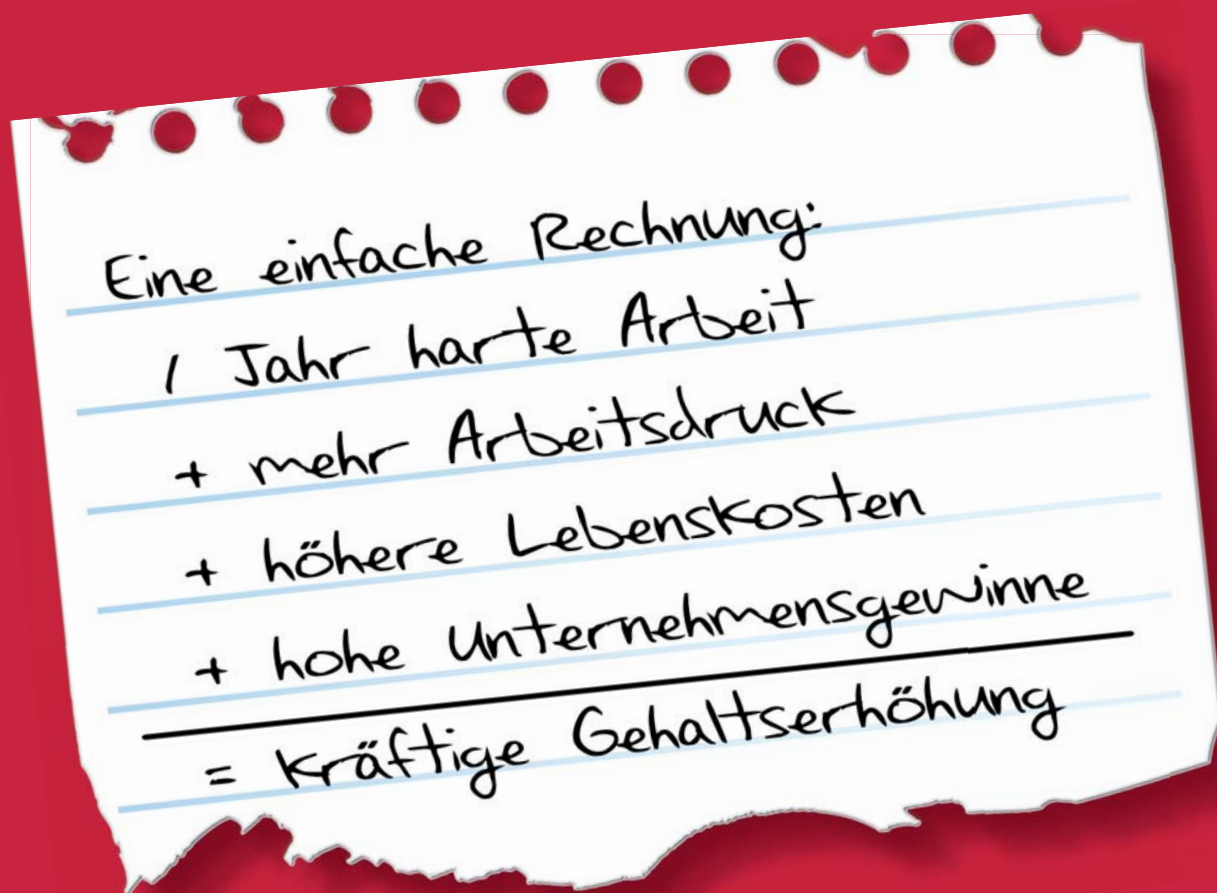
Lieber später als gar nicht. Lange, lange hat es gebraucht, bis der Ruf der Gewerkschaft nach Steuergerechtigkeit erfolgt. Tatsache ist aber, dass gerade jene Partei, die für sich in Anspruch nimmt, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, in den 90-Jahren tatkräftig mitgeholfen hat fast alle Vermögenssteuern abzuschaffen, um Österreich für die internationalen Spekulanten und Finanzjongleure interessant zu machen.

Rudolf Setzer

## Richtigstellung:

In der Ausgabe 5/2011 hat sich auf Seite 6 ein Fehler eingeschlichen: Auf der oberen Grafik muss es heißen „10 % der Österreicher besitzen 54 % des privaten Geldvermögens“ (und nicht bloß 4 %).

# Wir verhandeln wieder!



**Für eine kräftige Gehaltserhöhung!**  
**Damit sich echte Leistung auszahlt!**